

Transformation des Sozialen – Transformation Sozialer Arbeit

Oktay Bilgi · Marie Frühauf
Kathrin Schulze *Hrsg.*

Widersprüche gesellschaftlicher Integration

Zur Transformation Sozialer Arbeit



Springer VS

Transformation des Sozialen – Transformation Sozialer Arbeit

Band 4

Das Soziale ist ein politisches Programm und eine kulturelle Übereinkunft, die sich seit dem 19. Jahrhundert in spezifischer Weise entwickelt hat und ihren institutionalisierten Ausdruck in zweifacher Weise findet: Versicherung, Versorgung und Fürsorge erfolgen im Modell der sozialen Sicherung zum einen über Geldleistungen, zum anderen im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungssektors in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales. Gegenüber der standesgemäßen Festschreibung des sozialen Status in vor-modernen Gesellschaften wurde den Bürgerinnen und Bürgern damit zumindest teilweise eine selbstbestimmte Gestaltung ihres Lebenslaufs ermöglicht. Dieses Modell des Sozialen – und das damit verbundene gesellschaftliche Integrationsversprechen – ist seit dem Ende des 20. Jahrhunderts einer grundlegenden Transformation unterworfen.

Die HerausgeberInnen präsentieren in dieser Springer VS-Buchreihe Forschungsarbeiten und Diskussionsbeiträge, die die gegenwärtigen Transformationsprozesse des Sozialen, insbesondere in Bezug auf den öffentlichen Dienstleistungssektor der Sozialen Arbeit analysieren.

Herausgegeben von

den Mitgliedern des HBS-Promotionskolleg „Widersprüche gesellschaftlicher Integration. Zur Transformation Sozialer Arbeit“

Oktay Bilgi · Marie Frühauf · Kathrin Schulze
(Hrsg.)

Widersprüche gesellschaftlicher Integration

Zur Transformation Sozialer Arbeit

 Springer VS

Herausgeber

Oktay Bilgi
Universität zu Köln
Köln, Deutschland

Kathrin Schulze
Universität Duisburg-Essen
Essen, Deutschland

Marie Frühauf
Universität Duisburg-Essen
Essen, Deutschland

Transformation des Sozialen – Transformation Sozialer Arbeit

ISBN 978-3-658-13768-7 ISBN 978-3-658-13769-4 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-13769-4

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2017

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Lektorat: Stefanie Laux

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Inhalt

Widersprüche gesellschaftlicher Integration: Zur Transformation
Sozialer Arbeit – eine Einleitung 1
Oktay Bilgi, Marie Frühauf und Kathrin Schulze

I Auftakt

Zur Transformation Sozialer Arbeit. Ein Streitgespräch 15
Ellen Bareis, Fabian Kessl, Sigrid Leitner und Philipp Sandermann

II Differenz im transformierten Wohlfahrtsstaat

Einleitung 49
Sigrid Leitner

Zur Konjunktur von Inklusion 53
Tatjana Freytag

Konstruktion ethnischer Differenzen als Potenzial im Zuge der
Aktivierungspolitik und der sozialwirtschaftlichen Modernisierung
der Freien Wohlfahrtspflege 65
Gloria von Papen Robredo

„Sie waren so unzivilisiert, haben sich ihre Hände an den Gardinen abgewischt“ – Antiziganistische Stereotypisierungen in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit	79
<i>Kathrin Schulze</i>	

III Erwerbsarbeit und Ausschluss im transformierten Sozialstaat – Institutionelle Zumutungen

Einleitung	105
<i>Ruth Enggruber</i>	

Asymmetrische Responsibilisierung oder wie man Arbeitgeber vom Wert von „Behinderten“ überzeugt	111
<i>Eva Nadai</i>	

Institutionelle Blockierungen und Begrenzungen von Angeboten Sozialer Arbeit. Eine Rekonstruktion aus der Perspektive der (Nicht-)Nutzer_innen	129
<i>Anne van Rießen und Kerstin Herzog</i>	

IV Dimensionen widersprüchlicher Anforderungen an die Fachlichkeit Sozialer Arbeit

Einleitung	149
<i>Nadia Kutscher</i>	

Entwicklung ausweisen. Ein Blick auf Praktiken als Regierungsweisen im Kontext frühpädagogischer Bildungsdokumentation	153
<i>Dominik Farrenberg</i>	

Die rechtliche Ordnung der Schulkindbetreuung. Zur offenen Kinder- und Jugendarbeit im Kontext ihrer (Selbst-)Verortung	169
<i>Katharina Gosse</i>	

Zwischen Schutzauftrag und Generalverdacht. Widersprüchliche Anforderungen an Fachkräfte stationärer Kinder- und Jugendhilfe	187
<i>Meike Wittfeld</i>	

Gelebte Reflexivität? Praxeologische Rekonstruktion einer Fallbesprechung im Team	207
<i>Sarah Henn</i>	

V Schluss: Kritik der Transformation – Transformation der Kritik

Erkenntnis und Interesse – revisited. Transformation(en) in feministischer und ‚bewegungspolitischer‘ Perspektive	227
<i>Susanne Maurer</i>	

Auf den Anfang kommt es an! Oder: Über das Ende der Zeit	243
<i>Oktay Bilgi</i>	

AutorInnenverzeichnis	265
-----------------------------	-----

Widersprüche gesellschaftlicher Integration: Zur Transformation Sozialer Arbeit – eine Einleitung

Oktay Bilgi, Marie Frühauf und Kathrin Schulze

Seit einigen Jahren werden im Zuge einer „Ökonomisierung des Sozialen“ (Bröckling, Krasmann und Lemke 2000) bzw. einer „Neuerfindung des Sozialen“ (Lessenich 2009) fundamentale wohlfahrtsstaatliche Transformationsprozesse konstatiert. Im Zentrum der Debatten steht die Etablierung des aktivierenden Sozialstaats, dessen Programmatik die Individuen verstärkt als selbstbestimmte, eigenverantwortliche Subjekte oder auch als ‚unternehmerisches Selbst‘ adressiert (ebd.; Bröckling, Krasmann und Lemke 2000; Bröckling 2007). Als programmatische Verschiebung „von der versicherungsförmigen Vergesellschaftung individueller Risiken zur sozialpolitischen Konstruktion eigenverantwortlicher Subjekte“ (Lessenich 2003, S. 81) beschrieb Lessenich daher diesen Wandel. Soziale Arbeit ist als Teil des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements ebenfalls in diesen Umbau involviert, und folgt man den Transformationsdiagnosen, lässt sich die Aktivierung individueller „Lebensgestaltungsverantwortung“ als ihr neuer regulativer Bezugspunkt beschreiben (vgl. Kessl und Otto 2003, S. 59). So haben programmatische Schlagworte wie „Aktivierung“, „Eigenverantwortung“, „Effektivierung“ oder „Wirkungsorientierung“ Konjunktur. Ökonomische Rationalitäten diffundieren in das Handlungsfeld der Sozialen Arbeit und werden auf widersprüchliche Weise mit erzieherisch-fürsorglichen Modellen verstrickt. Sogar Konzepte wie die Hilfe zur Selbsthilfe, Empowerment- oder auch differenzsensible Ansätze bilden nicht unbedingt einen Gegenpol zu den Entwicklungen, sondern knüpfen teilweise vielmehr selber an aktivierungspädagogische Verwertungslogiken an.

Die wohlfahrtsstaatlichen Transformationsprozesse tangieren dabei das Postulat einer gesellschaftlichen (Re-)Integration auf fundamentale Art und Weise. Auch wenn der Bezug Sozialer Arbeit auf das Integrationsversprechen sowie deren Realisierung niemals widerspruchsfrei geschah, entstehen neue Widersprüchlichkeiten, wenn das (Re-)Integrationsversprechen unter den Bedingungen des Aktivierungsparadigmas zunehmend an die Aktivierungsbereitschaft der Einzelnen geknüpft wird,

weshalb zugespitzt bereits eine „Post-Wohlfahrtsstaatlichkeit“ (Bütow, Chassé und Hirt 2008) diagnostiziert wird. Folgt man den Transformationsdiagnosen weiter, bleibt Soziale Arbeit zwar weiterhin auf dieses Versprechen verpflichtet. Eine (Re-) Integration etwa in die sozialen Sicherungssysteme (Leiber und Klammer 2008) oder in den Arbeitsmarkt (Enggruber 2001) gestaltet sich jedoch zunehmend prekärer.

Neue Widersprüche entstehen, wenn neue Formen wohlfahrtsstaatlicher Integration, die bisher aus staatstheoretischer und sozialfunktionalistischer Perspektive (u. a. Lehnhardt und Offe 1977) als Disziplinierungs- und Zwangsformen kritisiert wurden, heute zwar ‚freiheitlicher‘ und flexibilisierter ausgestaltet werden, die damit zusammenhängenden Disziplinierungs- und Kontrollmechanismen so aber nicht aufgelöst werden, sondern eben transformiert. Hierbei verändert sich das Integrationspostulat selbst, bzw. die damit verbundene Vorstellung von Normalität, in welche integriert werden soll. Normierende Normalität als bisherige Kategorie der sozialpädagogischen Regulierung, Gestaltung und Unterstützung subjektiver Lebensführung wird im Kontext gegenwärtiger Transformationsprozesse zunehmend durch die Kategorie einer flexibilisierten Normalität ersetzt. Demnach gilt es nun nicht mehr vorrangig, die Einbindung der Einzelnen in wohlfahrtsstaatliche Lebensführung nach einem kollektiven Normalitätsmuster zu realisieren. Vor dem Hintergrund gegenwärtiger Zeitdiagnosen eines aktivierenden, individualisierenden Sozialstaates stellt sich die Frage, inwiefern sich diese neue Orientierung als ein „kontrolliertes Spiel mit der ‚Normalität‘“ (Kessl 2006, S. 72) verstehen lässt, und mit welchen neuen Zwängen und neuen (Eigen-)Verantwortungszuschreibungen dieses für Adressat_innen und Fachkräfte der Sozialen Arbeit verbunden ist.

Die mit dem Brüchigwerden des wohlfahrtsstaatlichen Postulats einhergehenden Widersprüche, die sich für die unterschiedlichen Handlungsfelder Sozialer Arbeit ergeben, sind jedoch bisher nur rudimentär erforscht. An diesem Forschungsdesiderat setzt der Sammelband „*Widersprüche gesellschaftlicher Integration: Zur Transformation Sozialer Arbeit*“ an und leistet damit eine systematische und empirische Fundierung der aktuellen Transformationsdiagnose der Sozialen Arbeit. Ausgehend von den Forschungsarbeiten aus dem gleichnamigen Promotionskolleg bietet der Sammelband umfangreiche Forschungsergebnisse aus verschiedenen Dissertationen, gleichzeitig wird er ergänzt mit Beiträgen von ausgewiesenen Forscher_innen zu diesem Thema.

Der Band gliedert sich in fünf Kapitel. Vorangestellt wird im *Kapitel 1 „Auftrakt“* ein Streitgespräch zum übergeordneten Thema des Bandes. In diesem diskutieren Ellen Bareis, Sigrid Leitner, Philipp Sandermann und Fabian Kessl Fragen nach Kontinuität und Wandel wohlfahrtsstaatlicher Arrangements und den damit einhergehenden Veränderungen für Soziale Arbeit aus zeitdiagnostischer sowie theoriesystematischer Perspektive. Die darauf folgenden drei Kapitel sind entlang

spezifischer Themenfelder (Differenz, Erwerbsarbeit und Ausschluss, Fachlichkeit) strukturiert, die als Kernbereiche der Transformation bezeichnet werden können, anhand derer die gegenwärtigen Veränderungen Sozialer Arbeit besonders sichtbar werden. Diesen *Kapiteln* 2, 3 und 4 sind jeweils eigene Einleitungen vorangestellt, die gesondert in die jeweiligen Themenschwerpunkte einführen. Abgeschlossen wird der Band im *Kapitel* 5 mit einer kritischen Reflexion darüber, wie eine transformatorische Forschung vor dem Hintergrund der Gegenwartsdiagnosen aussehen könnte, die auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zielt.

Als erstes Themenfeld wird „*Differenz im transformierten Wohlfahrtsstaat*“ im zweiten Kapitel bearbeitet. Soziale Arbeit ist nicht zuletzt im Hinblick auf ihre Integrationsarbeit als Normalisierungsinstantz in die Kritik geraten, deren stigmatisierendes Eingreifen immer auch mit ausschließenden Effekten für diejenigen verbunden war, die sie als von der Norm abweichend etikettiert (vgl. die Beiträge in Kessl und Plößer 2010). Im Zuge dieser Wohlfahrtsstaatskritik erfahren die Debatten um Anerkennung und Normalisierung von Vielfalt und Differenz aktuell eine starke Konjunktur. Differenz gilt daher in vielen Bereichen mittlerweile als Normalität, die entsprechend Anerkennung und Wertschätzung erfahren soll. Daher stellt sich die Frage: Inwiefern transformiert sich die seit den 1970er-Jahren kritisierte Integrationsaufgabe Sozialer Arbeit, wenn die Berücksichtigung von Differenz und Andersheit nun zum Ausgangspunkt Sozialer Arbeit gemacht wird? Die Beiträge des zweiten Kapitels zeigen, dass diese Entwicklungen nicht einfach als Erfolgsgeschichte zu lesen sind, schließen sie doch durchaus an aktuelle wohlfahrtsstaatliche Aktivierungsprogrammatiken an.

So fragt *Tatjana Freytag* in ihrem Beitrag „*Zur Konjunktur von Inklusion und Integration*“ danach, inwiefern die gegenwärtigen Inklusionsdiskurse sich als passungsförmig gegenüber einer neosozialen Aktivierungspolitik erweisen. In ihrem Beitrag geht sie dem ‚Hype um Inklusion‘ in den erziehungswissenschaftlichen und pädagogischen Debatten nach und stellt diesen die soziologischen Debatten gegenüber, in welchen Inklusion weniger für ein politisches Programm, sondern für einen Funktionsmechanismus der modernen Gesellschaft steht. Sie vertritt die These, dass in den erziehungswissenschaftlichen Inklusionsdebatten über gesellschaftliche Strukturzusammenhänge und strukturelle Ursachen von Ungleichheit überwiegend geschwiegen wird, und lotet die damit verbundenen Folgen aus.

Zu einer ähnlich kritischen Einschätzung kommt *Gloria von Papen Robredo* im Hinblick auf das gegenwärtige programmatische Ziel der Freien Wohlfahrtspflege, ethnische Differenz als Potenzial statt als Defizit zu betrachten. Auch sie stellt diese Entwicklung in ihrem Beitrag „*Konstruktion ethnischer Differenzen als Potenzial im Zuge der Aktivierungspolitik und der sozialwirtschaftlichen Modernisierung der Freien Wohlfahrtspflege*“ in den Kontext aktivierungspolitischer Programmatiken.

In ihrer Untersuchung der Programmatik der Freien Wohlfahrtspflege für den Umgang mit Migration arbeitet sie heraus, inwiefern in dieser die Adressat_innen als aktive bzw. aktivierbare Akteur_innen definiert werden. Sie rekonstruiert dabei drei zentrale programmatische Ziele der aktuellen Freien Wohlfahrtspflege: 1. die ‚Befähigung der Migrant_innen‘ zur Selbstständigkeit, 2. die Förderung ‚interkultureller Öffnung gesellschaftlicher Strukturen‘ und 3. die ‚Anerkennung der Pluralität als Normalität‘. Auf der Grundlage ihrer rekonstruktiven Analysen kann von Papen Robredo zeigen, wie vor dem Hintergrund sozialwirtschaftlicher Modernisierungen der Freien Wohlfahrtspflege Logiken der Aktivierung, der Verwertung und der Vernutzung in allen drei programmatischen Zielorientierungen Einzug halten.

Dass Differenz nicht in allen Bereichen als anzuerkennende und wertzuschätzende Normalität gilt, sondern nach wie vor defizitäre Zuschreibungen und Abwertungen von Differenz in der Sozialen Arbeit zu finden sind, zeigt der Beitrag von *Kathrin Schulze*. Schulze deutet in ihrem Beitrag („*Sie waren so unzivilisiert, haben sich ihre Hände an den Gardinen abgewischt*“ – *Antiziganistische Stereotypisierungen in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit*“) ethnographisch erhobene Praktiken der Differenz als antiziganistische Stereotypisierungen. Sie stellt die rekonstruierten rassistischen Stereotypisierungen von Rom_nja und Sinti_ze in eine lange antiziganistische Tradition, die sie im Kontext der Etablierung moderner, kapitalistischer, nationalstaatlicher sowie geschlechtsspezifischer Verhältnisse verortet und damit ihren intersektionalen Charakter unterstreicht. Zudem zeigt sie, wie sich diese Stereotypisierungen psychoanalytisch als Ausdruck eines kulturell Unbewussten innerhalb der Krisenhaftigkeit bürgerlich-moderner Subjektformierungen deuten lassen, in welchen das eigene unbewusste, bedrohliche Fremde abgewehrt und auf Andere projiziert wird. Schulze betont daher die Aktualität tradierter antiziganistischer Stereotypisierungen und plädiert dafür, diese nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Somit werden nach diesem Beitrag abschließend die Gleichzeitigkeit und das Nebeneinander eines identitären Denkens einerseits und eines differenzbejahenden andererseits deutlich, wie sie in verschiedenen Feldern der sich im Wandel befindenden Sozialen Arbeit zu beobachten sind.

Das dritte Kapitel zum Themenfeld „*Erwerbsarbeit und Ausschluss im transformierten Sozialstaat – Institutionelle Zumutungen*“ fokussiert sozialstaatlich organisierte Bearbeitungsweisen von Erwerbsarbeitslosigkeit und Ausschluss. Im Zuge aktivierender Arbeitsmarktpolitik wird Erwerbsarbeit programmatisch zunehmend als „moralische Bürgerpflicht“ (Nadai in diesem Band) hypostasiert, die die einzelnen Personen, ungeachtet der Bedingungen des Ausbildungs- und Arbeitsmarkts sowie unter Androhung von Sanktionen, mehr und mehr in die Pflicht nimmt, selbst- und sozialverantwortlich für die eigene Existenz Sorge zu tragen.

Dieser Modus aktivierender Arbeitsmarktpolitik wird im Beitrag von *Eva Nadai* unter dem Begriff der Responsibilisierung verhandelt, der sich nicht ausschließlich auf einzelne Personen, sondern zugleich auf korporative Akteure wie Wirtschaftsunternehmen bezieht. In ihrem Beitrag „*Asymmetrische Responsibilisierung oder wie man Arbeitgeber vom Wert von ‚Behinderten‘ überzeugt*“ beschäftigt sich Nadai mit Praktiken der Responsibilisierung gegenüber Wirtschaftsunternehmen am Beispiel der Eingliederung von Menschen mit Behinderung durch die Schweizer Invalidenversicherung (IV). Im Kontext der aktivierenden Programmatik der IV – ‚Eingliederung statt Rente‘ – und der fehlenden rechtlichen Verpflichtungen für Unternehmen zur Integration von Menschen mit Behinderung in der Schweiz fragt Nadai in ihrem Beitrag, in welcher Weise die IV Wirtschaftsunternehmen adressiert, um sie für die Integration ihrer Klient_innen zu gewinnen. Diese von Nadai beschriebenen „Verkaufsstrategien“ (Nadai in diesem Band) korrespondieren mit Legitimationsweisen einer marktförmigen Moral, in der sozial-moralische Erwägungen mit ökonomischen Handlungsmotiven nach dem Muster verknüpft werden: „Gutes tun ist gut fürs Geschäft“ (ebd.).

Der Beitrag „*Institutionelle Blockierungen und Begrenzungen von Angeboten Sozialer Arbeit – eine Rekonstruktion aus der Perspektive der (Nicht-)Nutzer_innen*“ von Anne van Rießen und Kerstin Herzog akzentuiert die Perspektiven von (Nicht-)Nutzer_innen in Bezug auf institutionelle Blockierungen und Begrenzungen von Angeboten Sozialer Arbeit. Unter Rückgriff auf wissenssoziologische und institutionenkritische Perspektiven werden die Angebote Sozialer Arbeit als Manifestierung von hegemonialen Wissensbeständen der Problemdeutung und -lösung in den Blick genommen, in denen gesellschaftliche Normalitätserwartungen und (Verantwortungs-)Zuschreibungen eingelagert sind. Van Rießen und Herzog fokussieren Angebote der Schuldnerberatung sowie theaterpädagogische Maßnahmen für junge Erwachsene im Übergang zwischen Schule und Erwerbsarbeit gemäß SGB II aus der Perspektive der (Nicht-)Nutzer_innenforschung. Die Autor_innen fragen in diesem Sinne, ob die institutionalisierten Angebote für die (Nicht-)Nutzer_innen als Ressourcen zur Bearbeitung ihrer ‚schwierigen‘ Situation (ge-)brauchbar sind/waren. Im Beitrag werden institutionelle Blockierungen und Begrenzungen sowohl beim Zugang zu als auch in der Nutzung von den Angeboten rekonstruiert, die vor dem Hintergrund herrschaftsförmiger Kategorisierungen und Normierungen in den Blick geraten.

Die Beiträge des Kapitels zeichnen das verschärfte Brüchigwerden des wohlfahrtsstaatlichen Postulats, gesellschaftliche Integration durch Erwerbsarbeit zu gewährleisten, und die damit einhergehenden Bearbeitungsweisen von Erwerbsarbeitslosigkeit und Ausschluss sowohl im Verhältnis von Sozialversicherungen und Wirtschaftsunternehmen als auch im Verhältnis von (Nicht-)Nutzer_innen und

Angeboten der Sozialen Arbeit nach und liefern damit einen wichtigen Einblick in die sich transformierende Ausbildungs- und Arbeitswelt.

Im vierten Kapitel („*Dimensionen widersprüchlicher Anforderungen an die Fachlichkeit Sozialer Arbeit*“) werden verschiedene Dimensionen widersprüchlicher Anforderungen an die Fachlichkeit Sozialer Arbeit in den Blick genommen. Die hier versammelten Beiträge verweisen auf eine stärkere öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber der Profession der Sozialen Arbeit und ihre zunehmende Einbindung in wohlfahrtsstaatliche Kontroll- und Steuerungsaufgaben. So sieht sich Soziale Arbeit zunehmend mit strukturellen Anforderungen, Widersprüchen und Paradoxien aufseiten der Professionellen, der Organisation wie auch der Adressat_innen konfrontiert, die zu einer neuen Konturierung Sozialer Arbeit führen (vgl. Kutscher in diesem Band). Neue widersprüchliche Anforderungen und die damit einhergehenden Veränderungen der Profession werden auf den Ebenen der programmatisch-normativen Selbstverständnisse, der rechtlich-institutionellen Aufgabenstellungen sowie der professionellen Praxis im Umgang mit pädagogischen Widersprüchen und Antinomien diskutiert.

So untersucht *Dominik Farrenberg* in seinem Beitrag „*Entwicklung ausweisen – ein Blick auf Praktiken als Regierungsweisen im Kontext frühpädagogischer Bildungsdokumentation*“ ausgehend von der Diagnose, dass die ‚Bildungsdokumentation‘ frühkindlicher Bildungs- und Entwicklungsprozesse „in der letzten Dekade zu einer wesentlichen Aufgabe der frühpädagogischen Praxis geworden ist“ (Farrenberg in diesem Band), die Herstellung und Herstellbarkeit von Entwicklungsausweisen. Aus einer praxeologischen und regierungstheoretisch-informierten Perspektive interessiert sich Farrenberg insbesondere für solche frühpädagogischen Kontexte, in denen über situative Praktiken des Beobachtens, Testens, Diagnostizierens und Dokumentierens Entwicklungsausweise entlang der Vorstellung ‚guter‘ oder ‚normaler‘ kindlicher Entwicklungen ausgehandelt und festgeschrieben werden. Darüber hinaus kann Farrenberg zeigen, wie im Prozess der Herstellung von Entwicklungsausweisen zugleich die Fachlichkeit der pädagogischen Fachkräfte her- und sichergestellt wird. So kommt Farrenberg schließlich zu der Schlussfolgerung, dass mit der ‚neuen‘ Praxis der Entwicklungsausweise nicht nur kindliche Entwicklungen stärker kontrolliert und normiert werden, sondern auch Fachkräfte vor dem Hintergrund ihrer stärkeren Einbindung in die Rationalität wohlfahrtsstaatlicher Kontrolle angehalten sind, ihre Fachlichkeit als Profession auszuweisen.

Auch in dem Beitrag von *Katharina Gosse* („*Die rechtliche Ordnung der Schulkindbetreuung – Zur offenen Kinder- und Jugendarbeit im Kontext ihrer (Selbst-)Verortung*“) wird der Frage nach einem veränderten konzeptionellen und fachlichen Selbstverständnis der offenen Kinder- und Jugendarbeit und ihrer stärkeren Einbindung in Kontrollaufgaben nachgegangen. Ausgehend von wissenschaftlich-nor-

mativen (Selbst-)Thematisierungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit seit den 1960er-Jahren befragt Gosse das veränderte konzeptionelle Selbstverständnis der Kinder- und Jugendarbeit im Kontext der strukturierten und verbindlichen Nachmittage (Schulkindbetreuung). Auf der Grundlage zweier Sequenzen aus ethnographischen Beobachtungsprotokollen kann Gosse zeigen, wie die Herstellung generationaler Ordnungen im Kontext der Schulkindbetreuung im offenen Jugendzentrum durch die Umsetzung der elterlichen Aufsichtspflicht zu einer Herrschaftsreproduktion zwischen Erwachsenen und Kindern führt. Durch das restriktive Zeitregime der Aufsichtspflicht, so die Schlussfolgerung von Gosse, kann zumindest für das Setting der Schulkindbetreuung gelten, dass Offenheit und Freiwilligkeit als Prinzip der offenen Kinder- und Jugendarbeit erodiert.

Neben dem Prinzip der Offenheit als theoretisch-programmatische Ausrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit lässt sich als weitere Dimension der Fachlichkeit bzw. Zielorientierung Sozialer Arbeit der rechtlich-institutionelle Schutzauftrag nennen, wie er etwa im KJHG für den Kontext der stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen beschrieben wird. Vor dem Hintergrund von Neuregelungen zur Prävention von potenzieller sexueller Gewalt durch Fachkräfte stellt sich auch der Schutzauftrag, so *Meike Wittfeld*, immer mehr widersprüchlich dar. In ihrem Beitrag „*Zwischen Schutzauftrag und Generalverdacht. Widersprüchliche Anforderungen an Fachkräfte stationärer Kinder- und Jugendhilfe*“ befasst sich Wittfeld mit den Auswirkungen dieser neuen, widersprüchlichen Anforderungen auf die professionelle Praxis der Fachkräfte in den stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen. Aus einer rekonstruktiven Perspektive untersucht Wittfeld Gruppendiskussionen mit Teams der stationären Kinder- und Jugendhilfe und arbeitet auf der Grundlage der dokumentarischen Methode „Logiken“ der Orientierung in Bezug auf das Thema „sexuelle Gewalt gegen Kinder durch Fachkräfte“ heraus. So kann Wittfeld zeigen, dass Fachkräfte sich trotz des fehlenden Erlebens von sexueller Gewalt durch die Rezeption öffentlich-medialer Diskurse und durch implizite, organisationale Adressierung im Einstellungsprozedere unter einem Generalverdacht gestellt fühlen. Wittfeld kommt zu dem Ergebnis, dass das Gefühl, unter einem Generalverdacht zu stehen, und die damit einhergehenden Unsicherheiten deutliche Auswirkungen auf die professionelle Praxis haben, wenn nämlich körperliche und emotionale Nähe zu den Kindern aus Selbstschutz vermieden werden. So kommt Wittfeld schließlich zu dem Ergebnis, dass sich der Maßstab für einen reflektierten Umgang mit der pädagogischen Antinomie von Nähe und Distanz grundlegend verändert. Nicht die Nähebedürfnisse der Kinder und Jugendlichen stellen den Maßstab für den professionellen Umgang mit der Antinomie nach Nähe und Distanz dar, sondern der Selbstschutz der Fachkräfte angesichts des Gefühls, unter Generalverdacht zu stehen.

Die Frage nach einem professionellen Umgang mit Widersprüchen, Antinomien und Unsicherheiten steht auch im Mittelpunkt des Beitrags von Sarah Henn, „*Gelebte Reflexivität? Praxeologische Rekonstruktion einer Fallbesprechung im Team*“. Henn befasst sich in ihrem Beitrag mit der Bedeutung von Teamsitzungen für den alltäglichen Umgang mit widersprüchlichen Anforderungen und Orientierungskonflikten in der Jugendhilfe. Vor dem Hintergrund professions-theoretischer Desiderate untersucht Henn professionelle Gesprächspraktiken in Teamgesprächen aus einer praxistheoretischen Perspektive. Mit der dokumentarischen Methode rekonstruiert Henn die sprachlichen Bearbeitungsweisen von Fachkräften einer sozialpädagogisch betreuten Jugendwohngruppe und befragt die hier herausgearbeiteten gegensätzlichen pädagogischen Orientierungen auf ihre Professionalitätstheoretischen Implikationen hin. Nach der Rekonstruktion pädagogischer Orientierungskonflikte in Bezug auf (1) Subjekt- und Zielperspektive, (2) Reziprozitäts- und Abstinenzenerwartungen sowie (3) Passung von Hilfebedarf und Hilfeleistung, arbeitet Henn schließlich konkrete, situative Gesprächspraktiken im Umgang mit diesen Konflikten auf der Ebene der sozialen Beziehungen im Team heraus. In den zwei zentralen Praktiken der (1) Distanzierung durch Gegenrede und (2) Kollektivierung durch Verallgemeinerung sieht Henn die gesprächsinternen Bedingungen für die Realisierung professioneller Reflexivität im Umgang mit Ungewissheit und widersprüchlichen Anforderungen.

Der Band endet mit dem fünften Kapitel „*Schluss: Kritik der Transformation – Transformation der Kritik*“ mit der Frage, wie angesichts der gegenwärtig beobachteten Transformationsprozesse eine kritische Praxis des Denkens und Forschens in der Sozialen Arbeit aussehen könnte. So wird abschließend die bisherige Perspektive auf Transformation als eine gegenwartsanalytische Beschreibung durch eine Perspektive ergänzt, in der Transformation für einen Hoffnungshorizont (*Susanne Maurer*), für einen Neuanfang (*Oktay Bilgi*) steht. Entgegen methodisierter Praxen des Denkens und Forschens betonen die Beiträge im fünften Kapitel vor allem transformative, erkenntniskritische und geschichtliche Dimensionen des Denkens. Denken als kritische Praxis, so könnte man den gemeinsamen Ausgangspunkt der Beiträge beschreiben, setzt vor allem ein kritisches Hinterfragen der Voraussetzungen und Bedingungen des (kritischen) Denkens voraus. Voraussetzungen und Bedingungen des kritischen Denkens und Forschens werden in den Beiträgen sowohl auf erkenntnistheoretischer, feministischer und bewegungspolitischer als auch auf ontologischer und transzendental-historischer Grundlage befragt und diskutiert. Eine Kritik der Transformation – so die Quintessenz des Kapitels – lässt sich nur als eine Transformation der Kritik realisieren.

In dem Beitrag „*Erkenntnis und Interesse – revisited. Transformation(en) in feministischer und ‚bewegungspolitischer‘ Perspektive*“ knüpft Susanne Maurer an

das bisher im Kontext der Kritischen Theorie und feministischen Erkenntnispolitik ausgiebig diskutierte Verhältnis von „Erkenntnis und Interesse“ (Habermas 1973) an und befragt vor diesem Hintergrund Erkenntnismöglichkeiten und -begrenzungen jener Forschung und Theoriebildung, die sowohl auf eine kritische Diagnose gesellschaftlicher Verhältnisse als auch auf ihre Veränderung zielen. Anschließend an feministische epistemologische Perspektiven spezifiziert Maurer ihr Erkenntnisinteresse mit der übergeordneten Frage danach, welches theoretische und begriffliche Instrumentarium dazu geeignet sein könnte, ein wahrgenommenes Phänomen bzw. Problem in seiner Vermitteltheit mit gesellschaftlichen Entwicklungen zu denken und eine Transformation der bisherigen legitimen Herrschaftsordnung, die zugleich auch eine Erkenntnis-Ordnung ist, zu bewirken. Entgegen herrschaftlichen Wissenschafts- und Forschungsmodi, die sich als „allgemein“ oder „objektiv“ setzen, diskutiert Maurer unterschiedliche Lesarten herrschaftskritischer, situierter und partialer Forschungsperspektiven, -strategien und -praktiken, wie sie sich etwa im Kontext kritischer Sozialer Bewegungen sowie im Kontext feministischer und gesellschaftskritischer Theorien entwickelt haben. Eine kritische Wissenschaft im Sinne der von Maurer präferierten Erkenntnis-kritik reflektiert nicht nur ihre Bedingtheit und Situiertheit in gesellschaftlichen Ordnungszusammenhängen, sondern wie jeder kritischen Denk-Tätigkeit geht es ihr auch um eingreifendes, transformierendes und sich selbst riskierendes Denken, das gerade jene unterdrückerischen Erkenntnisordnungen fragwürdig macht, damit dem bisher Ausgeblendeten, Negierten, Missachteten und Entwerteten zur Sichtbarkeit verholfen werden kann. Neben einer vielfältigen und vielschichtigen Denk-Tätigkeit, die die gewohnten Raster des Bekannten problematisiert und kritisch hinterfragt, plädiert Maurer für eine produktive Auseinandersetzung zwischen Wissenschaft und anderen (Erkenntnis-)Praxen, damit etwas Neues, das bisher Ungedachte, möglich werden kann.

Die Frage nach dem Neuen bzw. nach einem Neuanfang steht auch im Mittelpunkt der kindheitstheoretischen Überlegungen von Oktay Bilgi. Im Unterschied zu Maurers Beschreibung einer partiellen, vielfältigen und situierten Erkenntnis-kritik untersucht Bilgi in seinem Beitrag *„Auf den Anfang kommt es an! Oder: Über das Ende der Zeit“* Möglichkeiten einer transzendentalen Revision der Idee der Kindheit als einer umfassenden konstitutiven und regulativen Dimension pädagogischen Denkens. Ausgehend von einer kritischen Gegenwartsanalyse der Wissensgesellschaft und ihres Wahlspruchs des Lebenslangen Lernens kann Bilgi zeigen, wie sich zunehmend eine bildungspolitische Fokussierung auf den Anfang bzw. Neuanfang über die gesamte Lebensspanne durchsetzt. Im Unterschied zu jenen neuzeitlichen Kindheitsutopien, die an die Hoffnung und an das Versprechen auf ein besseres und gerechteres Leben in der Geschichte erinnern, folgt der Neuanfang

mittlerweile den funktionalen Anforderungen der ökonomischen Wertschöpfung, die statt auf geschichtliche Neuanfänge auf die Optimierung des Bestehenden setzt. So kommt Bilgi schließlich zu der Schlussfolgerung, dass die bildungspolitische Aufdauerstellung des Neuanfangs paradoxerweise als das Ende aller Neuanfänge und schließlich als Ende des neuzeitlichen Geschichtsverständnisses zu verstehen ist. Ausgehend von der Annahme, dass die Grundthese von Pädagogik nicht Beobachtung und Beschreibung situativer und partieller Wirklichkeiten ist, sondern der geschichtliche Entwurf des Angemessenen und Notwendigen, fragt Bilgi – angesichts des postmodernen Endes der großen Erzählungen – nach neuen Möglichkeiten des geschichtlich-utopischen Zugangs zur Kindheit des Menschen. Hier werden Gedanken der pädagogischen Kindheitsutopie wieder- und weitergedacht, dass jedem Menschen als seine eröffnende Möglichkeit die historisch-transzendente Dimension der Kindheit zugestanden werden muss.

Der Band versteht sich damit insgesamt als vielfältiges Reflexionsangebot und liefert Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung einer professionellen Sozialen Arbeit, die sich gesellschaftspolitisch, sozialtheoretisch und forschend der Gestaltung gegenwärtiger Transformationsprozesse stellt.

Literatur

- Bröckling, U., Krasmann, S., & Lemke, T. (Hrsg.). (2000). *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bütow, B., Chassé, K. A., & Hirt, R. (Hrsg.). (2008). *Soziale Arbeit nach dem sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmungen sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat*. Opladen: Budrich.
- Castel, R., & Dörre, K. (Hrsg.). (2009). *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung: die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Enggruber, R. (Hrsg.) (2001). *Berufliche Bildung benachteiligter Jugendlichen: empirische Einblicke und sozialpädagogische Ausblicke*. Münster: Lit Verlag.
- Habermas, J. (1973). *Erkenntnis und Interesse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kessl, F.; Otto, H.-U. (2003). Aktivierende Soziale Arbeit. Anmerkungen zur neosozialen Programmierung Sozialer Arbeit. In: H.-J. Dahme, H.-U. Otto, A. Trube & N. Wohlfahrt (Hrsg.), *Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat* (S. 57–74). Opladen: Leske + Budrich.
- Kessl, F. (2005). *Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernementalität sozialer Arbeit*. Weinheim: Juventa-Verlag.
- Kessl, F. (2006). Soziale Arbeit als Regierung – eine machanalytische Perspektive. In S. Weber & S. Maurer (Hrsg.), *Gouvernementalität und Erziehungswissenschaft: Wissen-Macht-Transformation* (S. 63–76). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Kessl, F., & Plößer, M. (Hrsg.). (2010). *Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Leiber, S. & Klammer, U. (2008). Wohlfahrtsstaatswandel in Europa: Konvergenz der Aktivierungspolitiken? In K. Busch (Hrsg.), *Wandel der Wohlfahrtsstaaten in Europa* (S. 95-130.). Baden Baden.
- Lenhardt, G. & Offe, C. (1977): Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-soziologische Erklärungsansätze für Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik. In: C. v. Ferber & F.-X. Kaufmann (Hrsg.): *Soziologie und Sozialpolitik* (S. 98-127). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lessenich, S. (2003). Soziale Subjektivität: Die neue Regierung der Gesellschaft. *Mittelweg*, 36(4), 80–93.
- Lessenich, S. (2009). *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld: Transcript.

I
Auftakt

Zur Transformation Sozialer Arbeit. Ein Streitgespräch

Ellen Bareis, Fabian Kessl, Sigrid Leitner und Philipp Sandermann

Das Streitgespräch fand per E-Mail-Kommunikation zwischen Ellen Bareis, Fabian Kessl, Sigrid Leitner und Philipp Sandermann statt. Allen vier Diskutant_innen wurden die gleichen Frageblöcke mitgegeben, welche von diesen in mehreren Runden bearbeitet wurden. Die Herausgeber_innen strukturierten und moderierten das Gespräch.

Frage 1 Die These einer gegenwärtigen wohlfahrtsstaatlichen Transformation wird seit einiger Zeit intensiv diskutiert. Inwiefern ist das wohlfahrtsstaatliche Arrangement eurer Meinung nach in die Krise geraten? Oder lassen sich statt Transformationsprozessen doch eher Kontinuitäten ausmachen?

Philipp Sandermann: Ausgangspunkt für verschiedene mögliche Varianten zu einer wissenschaftlich tragenden Beantwortung dieser Frage ist m. E. die Vorab-Frage, was unter einem „wohlfahrtsstaatlichen Arrangement“ zu verstehen ist. Das ist nur auf den ersten Blick eine triviale Frage. Denn wie man diese Beobachtungsgröße setzt, hat gleichzeitig bereits maßgeblichen Einfluss auf die Antwort, die man in Hinsicht auf die Frage nach Kontinuität und Wandel „wohlfahrtsstaatlicher Arrangements“ geben kann. Wenn man bspw. eine eher in der politischen Philosophie verortbare Idee von „wahrer Wohlfahrtsstaatlichkeit“ zugrunde legt und aus dieser die Erzählung einer „Post-Wohlfahrtsstaatlichkeit“ ableitet (vgl. ausführlicher Sandermann 2014), diese Erzählung auf den deutschen Kontext als nationale Rahmensetzung konzentriert und dann zusätzlich noch historisiert, wird man leicht sagen können, dass sich das „wohlfahrtsstaatliche Arrangement“ (in Deutschland) im Laufe der letzten Jahre ganz grundlegend verändert hat. Anschlussfrage wäre dann jedoch, wie gut eine solche Erzählung Theorieansprüchen gerecht wird. D. h. konkret, wie

sehr die Erzählung logisch mit anderen Aussagen des eigenen Theoriemodells zum „wohlfahrtsstaatlichen Arrangement“ harmoniert und dabei auch durch empirische Daten zu stützen ist. Meiner Auffassung nach ist weder die empirische Befundlage zur Situation des „wohlfahrtsstaatlichen Arrangements“ vor seiner vielbeschwo- renen Krise so eindeutig gegeben, wie es etwa die relativ weitverbreitete und dabei sogar international generalisierende Rede von der „Post-Wohlfahrtsstaatlichkeit“ nahelegt, noch hat diese Rhetorik bisher hinreichend ihre logischen Schwächen überprüft und weiterentwickelt. Schon gar nicht allerdings würde ich die Butter- wegge'sche Krisendiagnose vom „Ende des Wohlfahrtsstaats“ (Butterwegge 2007) teilen. Letztlich liegen mir beide damit einhergehenden Theoriegebäude auf einer zu generellen, zu essentialistisch-ontologisch argumentierenden und vor allem auf einer zu eindimensional ausgerichteten gesellschaftstheoretischen Makroebene.

Zumindest was ich mit „eindimensional“ meine, möchte ich innerhalb der hier gebotenen Kürze gerne noch etwas genauer erläutern: Ich denke, die derzeitige Diskussion um Kontinuität und Wandel von „wohlfahrtsstaatlichen Arrangements“ bedarf einiger Relationierungen – ohne dass das zwangsläufig bedeuten muss, gesell- schaftliche Transformationsprozesse zu negieren oder zu verharmlosen. Das betrifft vor allem die gesetzte Entität des „Staates“. Zwei konkrete Annahmen in diesem Sinne. *Erstens*: Ich halte es für – keineswegs nur, aber u. a. auch systemtheoretisch – gut begründbar, von einer hochgradigen Differenzierung moderner Gesellschaften sowohl auf organisationaler als auch auf Handlungs- und Kommunikationsebene auszugehen. Dies impliziert, eine zu schnelle Gleichsetzung von „Wohlfahrtsstaat“ und „Wohlfahrtsgesellschaft“ oder gar von „Wohlfahrtsstaat“ und „Gesellschaft“ zu vermeiden. Das ist umso herausfordernder angesichts der Tatsache, dass inner- halb der Alltagskommunikation z. B. häufig vom „Wohlfahrtsstaat Deutschland“ gesprochen wird. Selbst Heuristiken wie derjenigen des „wohlfahrtsstaatlichen Arrangements“ würde ich aus diesem Grund eher mit Vorsicht begegnen. Von „Wohlfahrtssystemen“, „Wohlfahrtsinstitutionen“ oder auch – im Sinne dieses Ban- des – schlicht von „Wohlfahrtsarrangements“ zu sprechen, hielte ich im Sinne des oben Gesagten für etwas präziser, wenn man auf dieser Makroebene argumentiert. *Zweitens*: Die Sache wird unerfreulicherweise noch komplizierter, wenn man sich dem Gedanken gegenüber öffnet, dass auch innerhalb von System-/Institutions-/ Arrangement-Zusammenhängen Binnendifferenzierungen feststellbar sind. Zur Illustration in Hinsicht auf das vorliegende Thema frage man nur einmal einen beliebigen Sozialarbeiter eines freien Trägers der Behindertenhilfe, eine beliebige Fallmanagerin im Job-Center, einen beliebigen Sachbearbeiter bei einem Sozialver- sicherungsträger und eine beliebige Kommunalpolitikerin im Jugendhilfeausschuss danach, was ihrer Meinung nach zentral zum Wohlfahrtsstaat gehört. Auch hier gibt es – so könnte man schlussfolgern – noch einmal kommunikative Binnendif-

ferenzierungen, die man einfach als personell beliebig abtun könnte, die m. E. aber noch sinnvoller als „Innensichten“ auf das, was wir als Wohlfahrtsarrangement zu fassen versuchen, sichtbar gemacht werden können. Und da bewegen wir uns bisher nur auf der Ebene von verberuflichten Akteuren, denen wir wahrscheinlich allen sofort einen klaren Membership-Status innerhalb von Wohlfahrtsinstitutionen zusprechen würden. Hinzu kommen „Innensichten“ anderer Akteure, allen voran der als KlientInnen adressierten Teilhabenden, welche die soziale Konstruktion des hier wissenschaftlich interessierenden Gegenstands laufend mitbetreiben. Damit zurück zur Frage: Es gibt m. E. jede Menge Transformation *und* jede Menge Kontinuität in „Wohlfahrtsarrangements“ – je nachdem, wo man genau hinschaut. Und das könnte auf der Makroebene – noch einmal systemtheoretisch gedacht – heißen: Es herrscht „dynamische Stabilität“.

Wenn ich von einer dynamischen Stabilität des bundesdeutschen Wohlfahrtssystems ausgehe, so beziehe ich mich dabei vor allem auf die historische Entwicklung des Wechselverhältnisses von kommunikativen Medien des bundesdeutschen Wohlfahrtssystems. Diese Frage nach der *Entwicklung* des Wohlfahrtssystems sollte man m. E. zunächst einmal analytisch trennen von Fragen nach seiner *Entstehung*, denn Antworten auf diese beiden Fragen können zwar je nach Beobachtungsperspektive zusammenhängen, sind aber inzwischen aus unterschiedlichsten theoretischen Perspektiven heraus auch als verschiedenartig beantwortbar identifiziert worden (vgl. dazu auch Leisering 2001, S. 1215-1216). Hinsichtlich der *Entwicklung* des bundesdeutschen Wohlfahrtssystems kann aus einer systemtheoretisch inspirierten Perspektive – und damit quer zu konflikttheoretischen, ideentheoretischen, funktionalistischen, historisch-strukturalistischen oder noch ganz anders verfassten Perspektiven – festgehalten werden, dass dieses sich prozesshaft a) ausweitet, b) ausdifferenziert und c) selbstreferentialisiert. Diese drei Dynamiken sind auf Ebene aller drei systemtheoretisch voneinander unterscheidbaren Steuerungsmedien des Wohlfahrtssystems historisch klar zu erkennen: auf Ebene der monetären Ausgaben, der professionellen Bearbeitungsweisen und der rechtlichen Kodifizierung des Systems.

So kann man sagen, dass a) seit gut 100 Jahren immer mehr Geld in Wohlfahrtsleistungen investiert wird, darüber hinaus auch immer mehr Personen für Zwecke der Wohlfahrtsdistribution ausgebildet und beschäftigt werden und es zugleich immer mehr rechtliche Vorschriften in diesem Bereich gibt (in Bezug auf alle Punkte gilt dabei: Ob das u. E. in der richtigen Art und Weise geschieht, ist eine ganz andere Frage!). Zusammengenommen spricht das für eine – wenngleich nicht lineare, sondern in leichten Wellenbewegungen sich ereignende – Expansionsdynamik des bundesrepublikanischen Wohlfahrtssystems, die im Umkehrschluss für eine hohe

Stabilität einer eigenlogischen Kommunikation von „Wohlfahrtsfragen“ über alle drei Medien von Geld, Recht und Profession hinweg spricht.

Gleichzeitig ist die systemtheoretische Rede von der „dynamischen Stabilität“ aber eben nicht einseitig als eine „Expansionsdiagnose“ zu verstehen. Alleine die Tatsache, dass über Wohlfahrt gesprochen wird, heißt nicht, dass historisch immer gleich über Wohlfahrt gesprochen wird. Gerade im Gegenteil. So würde das systemtheoretische Argument lauten: Um stabil zu bleiben, hat das System in Form von selektiven Anschlüssen an breit in der gesellschaftlichen Umwelt zu findende Themen, die es als Reize aufnimmt, die eigene Kommunikation aufzubauen und zu variieren. Am Beispiel gesprochen: Geht es in zahlreichen gesellschaftlichen Systemen (Wirtschaft, Politik, Massenmedien, Kunst, Erziehung) um personelle Authentizität, Selbstwirksamkeit, Flexibilität und Selbstverantwortung, so kommt auch die Kommunikation über Wohlfahrt nicht umhin, sich dynamisch immer wieder auf diese Themen hin zu orientieren, um Systemstabilität herzustellen. Die oben genannte Dynamik der „Ausdifferenzierung“ (b) verweist also darauf, dass z. B. nicht einfach immer mehr Geld für die immer gleichen Leistungen des Wohlfahrtssystems ausgegeben wird, sondern durchaus auch Leistungen zurückgefahren und gekürzt werden. In der Summe aber gibt es immer höhere Ausgaben für zugleich immer mehr konstruierte Problemlösungen, die sich alle trotz ihrer Differenzierungen und Binnendifferenzierungen klar als Wohlfahrtsleistungen verstehen lassen.

„Selbstreferentialität“ (c) meint in diesem Sinne also sozusagen eine Eigendynamik von Expansion und Differenzierung, aber nicht in dem Sinne, dass das Wohlfahrtssystem „immun“ gegenüber Themen aus seiner gesellschaftlichen Umwelt wäre. Es heißt auch nicht, dass sich das System zu diesen Themen inhaltlich beliebig positionieren und dann dieser Position entsprechend Handlungen produzieren kann (insofern zielt aus systemtheoretischer Perspektive auch alle politisch-normative Kritik an der „Post-Wohlfahrtsstaatlichkeit“ am Entscheidenden vorbei, wo sie über eine reine Analyse hinaus versucht, die avisierten politischen Akteure „wachzurütteln“). Vielmehr ist beim Gedanken an eine Selbstreferentialität des bundesrepublikanischen Wohlfahrtssystems davon auszugehen, dass die Arten und Weisen, in denen Geld, Recht und Professionalisierung sich innerhalb des Systems entwickeln, immer stärker je aufeinander aufbauen und damit kommunikative Logiken stabilisieren, in die alle Reize, die aus der Umwelt aufgenommen werden, zugleich überführt werden können. So wird dann z. B. auch erklärbar, wie aus einer von ihrem politischen Grundgedanken her auf unternehmerische Selbstverantwortung und Libertarianismus abzielende, zutiefst ökonomistisch orientierte Arbeitsmarktreform wie die sog. „Hartz-Reform“ im gesetzgeberischen und dann vor allem auch im organisationalen Ergebnis zu einer radikalisierten,

erwerbsarbeitszentriert-paternalistischen Ämterbürokratie gerinnen kann. Man sieht übrigens, dass die Systemtheorie hier auch nicht so frei von Anbindungen an andere Theoriemodelle ist, wie ihr gelegentlich gerne vorgeworfen wird. Bspw. lässt sie sich gut mit einer historisch-institutionalistisch argumentierenden Theorieperspektive kombinieren (vgl. Schützeichel 2009). Gerade was den Teilbereich sozialer Dienstleistungen im Wohlfahrtssystem angeht, hielte ich die Vertiefung einer solchermaßen kombinierten Theorieperspektive für wertvoll.

Ellen Bareis: In der kritischen Geografie wird die von Philipp Sandermann angeführte „dynamische Stabilität“ seit bald fünfzehn Jahren tatsächlich als „Prozess der Neoliberalisierung“ begriffen (vgl. Peck und Tickell 2002, S. 36; aktueller etwa Belina et al. 2013, S. 125) und somit nicht nur formal-wissenschaftlich, sondern auch inhaltlich bestimmt. Dieser Prozess stellt sich räumlich (lokal, regional etc.) wie auch institutionenbezogen je nach Kräftekonstellationen, historischer Entwicklung und Bedingungen sehr unterschiedlich dar. Es macht also in diesem theoretischen Kontext Sinn, von Prozessen im Plural zu sprechen. Außerdem ist Forschung dann bestenfalls „regional“ angelegt, also immer auf spezifische Orte, Institutionen, Regionen etc. bezogen, um die jeweiligen Dynamiken und Stabilitäten (Pfadabhängigkeit) konkret sichtbar machen und analysieren zu können.

„Neoliberalismus“ als solchen gibt es zunächst ausschließlich als Doktrin, die sich mit Schlagworten wie Privatisierung, Deregulierung und Rückführung der Staatsquote fassen lässt. Relevant ist jedoch, die Prozesse zu beobachten, in denen einerseits Neoliberalisierung *als Richtung* in der Analyse aufgezeigt werden kann, in denen sich aber auch Persistenzen, Reibungen bis hin zu Blockaden, Widerständigkeiten und Alternativen zur neoliberalen Doktrin abbilden lassen. Letztere sind nicht einfach als Befreiung zu sehen. Bob Jessop hatte schon vor Jahren einen Teil der Alternativen zum Neoliberalismus wenig zuversichtlich als Neo-Etatismus, Neo-Korporatismus und Neo-Kommunitarismus benannt. Diese sind bei Jessop alle als mögliche Entwicklungslinien innerhalb einer gegebenen historischen Konstellation zu sehen, die er als SWPR, als schumpetrisches, *workfare-* (an Stelle von *welfare-*)orientiertes, postnationales Regime (an Stelle von Staat), analysiert (vgl. Jessop 2002, S. 113). Diese „Alternativen“ teilen, wie Margit Mayer ebenfalls bereits 2003 zeigte, die Prinzipien der Verantwortlichmachung und der Aktivierung. Die aktuelle Situation in Europa zeigt diese Tendenz sehr deutlich und sie zeigt darüber hinaus, dass der strukturelle Populismus, wie Heinz Steinert (1999) dies begrifflich fasste und Helga Cremer-Schäfer 2015 in ihrem Beitrag beim Bundeskongress Soziale Arbeit aktualisiert aufgreift, sich ausweitet und Renationalisierung, Verschärfung des Rassismus und neue mit Ausschließungsprozessen verbundene Identitätspolitiken inmitten Europas reartikuliert werden. Die „dynamische Stabilität“ lässt sich

also durchaus spezifizieren und nicht nur als ein allgemeiner Zustand moderner, ausdifferenzierter Gesellschaften benennen. Sie hat eine Richtung.

Auf das „wohlfahrtsstaatliche Arrangement“ und dessen „Krise“ bezogen ist die von mir eingeführte Analyseebene der kritischen Staats- und Regulationstheorie jedoch nicht hinreichend. Feministische Theorien, Rassismustheorien, Demokratietheorien, Analysen von Wissen und Macht und kritische Handlungstheorien sind notwendig. Nicht nur, um die Macht- und Herrschaftsanalyse zu erweitern, sondern auch, das greift euren Fragen jetzt etwas vor, um die Kräfteverhältnisse und somit die Dynamik von Transformation auch „von unten“ nicht aus dem Blick zu verlieren.

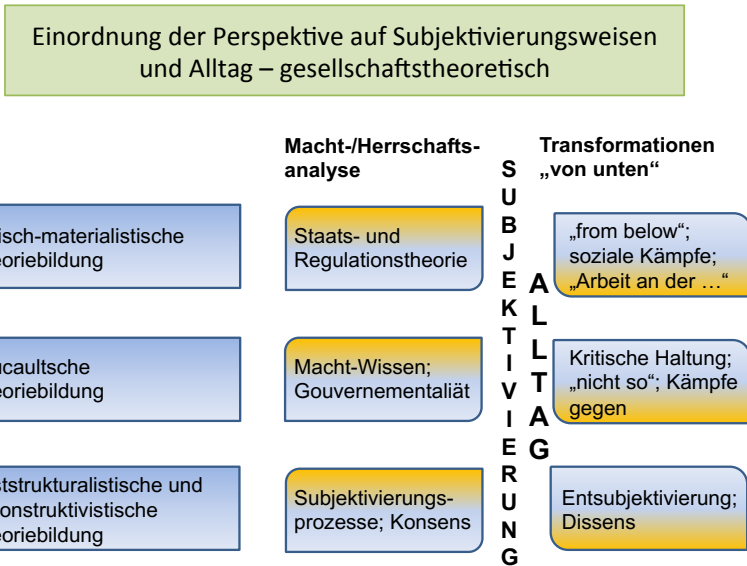


Abb. 1 Einordnung der Perspektive auf Subjektivierungsweisen und Alltag – gesellschaftstheoretisch

Quelle: eigene Darstellung Ellen Bareis

Die Matrix in Abb. 1 hatte ich bereits in einem Workshop des Graduiertenkollegs dabei. Die Staats- und Regulationstheorie nimmt darin nur eine kleine Ecke ein, die aber, wie alle anderen Ecken, zentral ist. Der Kniff in diesem Schaubild besteht darin, dass ich zeigen möchte, dass mit all diesen verschiedenen Theorietraditionen *jeweils* die Ebene der Macht- und Herrschaftsanalyse wie jene der Dynamiken „from

below“ untersucht werden kann. Der „Alltag“ und die Subjektivierungsweisen finden sich aber weder auf der einen noch der anderen Ebene, sondern generieren sich an der Schnittstelle, sozusagen im Gelenk des Scharniers. Und hier greifen die oben erwähnten Strategien der Aktivierung und der (Selbst-)Verantwortlichmachung zwar lokal und zeitlich unterschiedlich, in ihrer „Richtung“ jedoch ähnlich.

An dieser Stelle möchte ich den Vorschlag von Philipp Sandermann aufgreifen und etwas in die Arbeit am Begriff einsteigen. Denn der Begriff des „wohlfahrtsstaatlichen Arrangements“ wurde von euch in der Frage nicht weiter spezifiziert. Dieser bezieht sich im Kern auf die Sozialstaatsforschung und somit auf die aktuelle sozialpolitische Theoriebildung in Deutschland. Danach wäre der Staat als zentraler Akteur der Sozialpolitik benannt, die Frage wäre in dieser Perspektive, ob der aktuelle Staat (noch) „wohlfahrtlich“ agiert. Mich interessiert dagegen zunächst mehr der Begriff des Arrangements. Ein Arrangement ist eine Übereinkunft bzw. ein Kompromiss. Bezogen auf die obengenannten Theoriestränge würde sich der (jeweilige) Kompromiss anders darstellen: etwa aus der Regulationstheorie betrachtet, basiert die fordistische Staatlichkeit auf einem (jeweils national formulierten) Klassenkompromiss zur Lösung eines Akkumulationsproblems und gesellschaftlicher Klassenkämpfe rund um die Soziale Frage. Gendertheoretisch ginge es zusätzlich um Geschlechterkompromisse etwa in der Arbeitsteilung zwischen Produktion und Reproduktion, politikwissenschaftlich um eine Übereinkunft zwischen souveränen Nationalstaaten, aus der Perspektive der Rassismustheorie lässt sich kein Kompromiss formulieren, aber es lassen sich Transformationen und verschiedene Ausprägungen und Konjunkturen bestimmen. Demokratietheoretisch lassen sich unter dem Begriff des Arrangements alle Aporien formulieren, die mit der Form der Kompromissbildung einhergehen.

Sehr viel davon verdichtet und verdinglicht sich in den westlichen Staaten sicherlich in „Sozialpolitik“. Doch handelt es sich immer um historische Konstellationen, die in ihrer Lesart zu Recht immer auch umkämpft waren und sind. Denn alle diese „Arrangements“ gründen auf grundlegenden Ein- und Ausschließungsprozessen und strukturellen Widersprüchen, für die sie sich jeweils als „Lösung“ verstehen. Die Kritik daran und die Kämpfe darum innerhalb des „wohlfahrtsstaatlichen Arrangements“ sollten bei einem Begriff wie Postwohlfahrtsstaatlichkeit nicht vergessen werden.

Sigrid Leitner: Der Diagnose einer „dynamischen Stabilität“ oder auch – Lessenich (2003) folgend – eines „dynamischen Immobilismus“ kann ich mich gut anschließen. Es können eine Reihe an sozialpolitischen „Stützpfeilern“ identifiziert werden, die als grundlegend für das deutsche Wohlfahrtsregime gelten und immer noch vorhanden sind: die Erwerbsarbeitszentriertheit des Sozialversicherungssystems,